

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/056(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 12.11.2007	Ratssaal	16:00Uhr	21:00Uhr

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

- 7 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
 - 7.1 Kosten für die Pflege von öffentlichen Grünflächen DS0126/07/
34

CDU-Fraktion
WV v. 26.04.07 und 27.09.07
 - 7.1.1 Kosten für die Pflege von öffentlichen Grünflächen DS0126/07/
34/1

BA SFM
 - 7.1.2 Kosten für die Pflege von öffentlichen Grünflächen DS0126/07/
34/2

SPD- Fraktion

7.1.3	Kosten für die Pflege von öffentlichen Grünflächen	DS0126/07/ 34/3
	Fraktion future!-die jugendpartei	
7.1.4	Kosten für die Pflege von öffentlichen Grünflächen	S0143/07
7.2	Erschließung von kommunalen Wohnbauflächen	DS0126/07/ 36
	CDU-Fraktion WV v. 26.04.07 und 27.09.07	
7.2.1	Erschließung von kommunalen Wohnbauflächen	S0131/07
7.3	Verzicht auf Neu- und Ausbau von Straßen	DS0126/07/ 65
	Fraktion DIE LINKE WV v. 26.04.07 und 27.09.07	
7.3.1	Verzicht auf Neu- und Ausbau von Straßen	S0163/07
7.4	Möglichkeiten der Bürgerinformation	DS0126/07/ 69
	Fraktion DIE LINKE WV v. 26.04.07 und 27.09.07	
7.4.1	Möglichkeiten der Bürgerinformation	S0125/07
7.5	Vermarktung der Stadt und ihrer Einrichtungen	DS0126/07/ 70
	Fraktion DIE LINKE WV v. 26.04.07 und 27.09.07	
7.5.1	Vermarktung der Stadt und ihrer Einrichtungen	S0117/07

7.6	Wohnheim Albert-Vater-Straße	DS0126/07/ 44
	CDU-Fraktion WV v. 26.04.07 und 27.09.07	
	i.V. mit TOP 7.7-A0122/07	
7.6.1	Wohnheim Albert-Vater-Straße	S0127/07
7.7	DS0126/07/44 - Wohnheim Albert-Vater-Straße	A0122/07
	SR Canehl, SPD-Fraktion WV v. 27.09.07	
7.7.1	DS0126/07/44 - Wohnheim Albert-Vater-Straße	A0122/07/1
	SR Giefers, Fraktion Bündnis90/Die Grünen	
7.7.2	DS0126/07/44 - Wohnheim Albert-Vater-Straße	A0122/07/1/ 1
	Finanz- und Grundstücksausschuss	
7.8	Allgemeine Sparmaßnahmen	A0147/07
	Fraktion Bündnis90/Die Grünen WV v. 27.09.07	
7.10	Internet-Dienst für eine moderne Amtssprache	A0084/07
	Fraktion Bündnis90/Die Grünen WV v. 10.05.07	
7.10.1	Internet-Dienst für eine moderne Amtssprache	S0200/07
7.11	SMS-Notfallinformationsdienst für Schulen	A0108/07
	FDP-Fraktion WV v. 05.07.07	
7.11.1	SMS-Notfallinformationsdienst für Schulen	S0195/07
7.12	Mitgliedschaft der Landeshauptstadt im Weißen Ring	A0113/07
	Interfraktionell WV v. 05.07.07	

7.12.1	Mitgliedschaft der Landeshauptstadt im Weißen Ring	S0187/07
7.13	Abstellmöglichkeiten für Fahrräder SR `in Frömert Fraktion DIE LINKE WV v. 05.07.07	A0116/07
7.13.1	Abstellmöglichkeiten für Fahrräder Finanz- und Grundstücksausschuss	A0116/07/1
7.13.2	Abstellmöglichkeiten für Fahrräder	S0177/07
7.15	Beitritt der Landeshauptstadt Magdeburg zum Deutschen Riga-Komitee SR Veil CDU-Fraktion WV v. 04.10.07	A0150/07
7.15.1	Beitritt der Landeshauptstadt Magdeburg zum Deutschen Riga-Komitee SPD-Fraktion	A0150/07/1
7.16	Sauberkeit am Petriförder Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0165/07
7.17	Schulsanierung CDU-Fraktion	A0166/07
7.18	(Öffentliche)Toilette im Stadtpark Fraktion Bund für Magdeburg	A0167/07
7.19	"Bundestafeltag" vom 05. bis 07. Juni 2008 in der Landeshauptstadt Magdeburg Interfraktionell	A0169/07
7.20	Neufassung der Baumschutzsatzung Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0170/07
7.21	Illegale Graffiti verhindern FDP-Fraktion	A0171/07

7.22	Behindertenteam beim Jobcenter ARGE Interfraktionell	A0173/07
7.23	Bekanntnis zum Vieh- und Schlachthof Magdeburg Interfraktionell	A0174/07
7.23.1	Bekanntnis zum Vieh- und Schlachthof Magdeburg SR Canehl	A0174/07/1
7.24	Erwerb gebrauchter Software-Lizenzen SPD-Fraktion	A0175/07
7.25	Beschlussfassung zur DS0444/07 - Personalangelegenheit Stadtratsvorstand	A0172/07
8	Anfragen an die Verwaltung	
9	Informationsvorlagen	
9.1	Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden WV v. 27.09.07	I0164/07
9.2	Information zur DS 0342/07 - HHK-Maßnahme 112 "Personalanpassung der Stadtverwaltung" WV v. 27.09.07	I0239/07
9.3	Dokumentation der Kampagne "Magdeburg bewegt - beweg Dich mit"	I0237/07
9.4	Sozialkaufhaus im Neustädter Feld	I0280/07
9.5	Einladung Unternehmerdelegation aus Nashville	I0297/07
9.6	Einführung leistungs- und/oder erfolgsorientierter Entgelte nach § 18 TVöD - gemeinsame Erklärung zur Beschäftigungssicherung	I0212/07
9.7	Feststellenansatz ARGE GmbH	I0305/07

10	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
10.1	Personalangelegenheit (vorbehaltlich der Beschlussfassung zu TOP 7.25) BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0444/07
10.2	Kreditermächtigung BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0304/07
10.3	Geschäftsführerangelegenheiten MVGM und NKE BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	DS0440/07
10.4	Durchführung der Entwicklungsmaßnahme Rothensee BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0267/07
10.4.1	Durchführung der Entwicklungsmaßnahme Rothensee Finanz- und Grundstücksausschuss	DS0267/07/ 1
10.4.2	Durchführung der Entwicklungsmaßnahme Rothensee Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	DS0267/07/ 1/1
10.4.3	Durchführung der Entwicklungsmaßnahme Rothensee CDU-Fraktion/FDP-Fraktion	DS0267/07/ 2
10.4.4	Durchführung der Entwicklungsmaßnahme Rothensee Fraktion DIE LINKE	DS0267/07/ 3
10.5	Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost (Aufwertung/ Rückbau), Antragstellung Programmjahr 2008 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0305/07
10.5.1	Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost (Aufwertung/ Rückbau), Antragstellung Programmjahr 2008 Fraktion Bündnis90/Die Grünen	DS0305/07/ 1

10.5.2	Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost (Aufwertung/ Rückbau), Antragstellung Programmjahr 2008	DS0305/07/ 2
	CDU-Fraktion	
10.5.3	Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost (Aufwertung/ Rückbau), Antragstellung Programmjahr 2008	DS0305/07/ 3
	Fraktion DIE LINKE	
11	Informationsvorlagen	
11.1	Statusbericht Stadtumbau in der Landeshauptstadt Magdeburg	I0269/07
12	Anfragen an die Verwaltung	
12.1	Neues Domizil für "Sport- und Freizeittreff e.V."	F0211/07
12.2	Einzäunung Fußweg	F0210/07

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit
der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 56.(IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
Zu Beginn anwesend	30	“	“
maximal anwesend	49	“	“
entschuldigt	8	“	“

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

7.1. Kosten für die Pflege von öffentlichen Grünflächen DS0126/07/34
 CDU-Fraktion
 WV v. 26.04.07 und 27.09.07

Der Ausschuss FG lehnt die Beschlussfassung ab.

Der BA SFM empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0126/07/34/1.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage unterstützt den Änderungsantrag DS0126/07/34 der CDU-Fraktion und bringt den Änderungsantrag DS0126/07/34/3, mit der Bitte, diesen als Prüfauftrag zu betrachten, ein und gibt eine redaktionelle Änderung bekannt. (Es ist als erster Absatz einzufügen: Folgender Beschlussvorschlag ist auf Umsetzbarkeit zu prüfen:)Er übt Kritik an der vorliegenden Stellungnahme S0143/07 der Verwaltung.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den Änderungsantrag DS0126/07/34/2 ein.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, macht kritische Anmerkungen zu den geplanten Kürzungen im Bereich der öffentlichen Grünflächen. Er unterstützt den Änderungsantrag DS0126/07/3 der Fraktion future! – die jugendpartei. Er lobt in seinen weiteren Ausführungen das Engagement des Eigenbetriebes SFM.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann geht klarstellend auf den Änderungsantrag DS0127/07/2 der SPD-Fraktion ein und unterstützt den Prüfauftrag der Fraktion future! – die jugendpartei. Bezüglich der vorliegenden Stellungnahme S0143/07 der Verwaltung sieht er die Gefahr der betriebsbedingten Kündigungen von Mitarbeitern im Eigenbetrieb SFM.

Stadtrat Schwenke, Mitglied im BA SFM, merkt an, dass die Schmerzgrenze im Eigenbetrieb SFM erreicht ist. Er hält den vorliegenden Änderungsantrag DS0126/07/34/1 für umsetzbar und unterstützt ebenfalls den Prüfauftrag der Fraktion future! – die jugendpartei.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion und informiert, dass der Ausschuss FG dem Änderungsantrag DS0126/07/34/1 zugestimmt hat.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann merkt bezüglich des Änderungsantrages DS0126/07/34/3 der Fraktion future! – die jugendpartei an, dass dieser in der Umsetzung zu Kostenerhöhungen führen kann und verweist auf die vorliegende Stellungnahme S0143/07 der Verwaltung.

Im Rahmen der weiteren umfassenden Diskussion signalisiert Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, seine Zustimmung zum Änderungsantrag DS0126/07/34/1 des BA SFM und der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage geht kritisch auf die Ausführungen des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bittet den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Marx darum, zukünftig bereits bei der Planung darauf zu achten, dass das Begleitgrün nicht im öffentlichen Bereich liegt und die Pläne auch betriebswirtschaftlich durchdacht und umsetzbar sind.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, spricht sich dafür aus, den fachkompetenten Mitarbeitern des Eigenbetriebes SFM zu vertrauen und empfiehlt die Annahme des Änderungsantrages DS0126/07/34 der CDU-Fraktion

Nach weiterer Diskussion bringt Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, den GO-Antrag **Abbruch der Debatte** - ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Abbruch der Debatte

Gemäß modifizierten Änderungsantrag DS0126/07/34/3 der Fraktion future! – die jugendpartei **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Folgender Beschlussvorschlag ist auf Umsetzbarkeit zu prüfen:

- 1) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem EB SFM über zusätzliche Einsparmöglichkeiten in der Pflege von öffentlichen Grünflächen zu verhandeln. Ziel soll es sein, ein neues Bewirtschaftungskonzept der öffentlichen Grünflächen zu erstellen, dessen Inhalt vorrangig die Reduzierung der Schnitanzahl von Rasenflächen darstellt.
- 2) Die Mäharbeiten für Straßenbegleitgrün werden ab 2008 auf ein für die Verkehrssicherheit notwendiges Maß reduziert und sollen sich an der aktuellen Pflegeklasse 3/Extensivpflege (**maximal** 3 Schnitte im Jahr) orientieren.
- 3) Die Bewirtschaftung von Rasenflächen, die nicht unter Straßenbegleitgrün fallen, soll ebenfalls ab 2008 in dem Sinne optimiert werden, dass eine Reduzierung der Schnitanzahl bei Gewährleistung des Nutzungszwecks zu Ausgabenreduzierungen führt.

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/2 der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Es wird folgender zweiter Absatz eingefügt:

Hierbei ist insbesondere die Rasenmahd an den Stellen zu reduzieren, die geeignet sind, den Bienenvölkern die erforderliche Winternahrung zu geben.

Gemäß Änderungsantrag S0126/07/1 des BA SFM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg hat in seiner Sitzung vom 03.07.2007 beschlossen den Änderungsantrag DS0126/07/34 wie folgt zu präzisieren:

“Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg, die Kosten für die Pflege von öffentlichen Grünflächen um 200.000 EUR ab 2008 zu reduzieren.”

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/34 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 1693-56(IV)07

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg, die Kosten für die Pflege von öffentlichen Grünflächen um 200.000 EUR ab 2008 zu reduzieren.
2. Hierbei ist insbesondere die Rasenmahd an den Stellen zu reduzieren, die geeignet sind, den Bienenvölkern die erforderliche Winternahrung zu geben.
3. Folgender Beschlussvorschlag ist auf Umsetzbarkeit zu prüfen:
 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem EB SFM über zusätzliche Einsparmöglichkeiten in der Pflege von öffentlichen Grünflächen zu verhandeln. Ziel soll es sein, ein neues Bewirtschaftungskonzept der öffentlichen Grünflächen zu erstellen, dessen Inhalt vorrangig die Reduzierung der Schnitanzahl von Rasenflächen darstellt.
 2. Die Mäharbeiten für Straßenbegleitgrün werden ab 2008 auf ein für die Verkehrssicherheit notwendiges Maß reduziert und sollen sich an der aktuellen Pflegeklasse 3/Extensivpflege (**maximal** 3 Schnitte im Jahr) orientieren.

3. Die Bewirtschaftung von Rasenflächen, die nicht unter Straßenbegleitgrün fallen, soll ebenfalls ab 2008 in dem Sinne optimiert werden, dass eine Reduzierung der Schnittanzahl bei Gewährleistung des Nutzungszwecks zu Ausgabenreduzierungen führt.

7.2. Erschließung von kommunalen Wohnbauflächen DS0126/07/36
CDU-Fraktion
WV v. 26.04.07 und 27.09.07

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, nimmt kritisch zum Änderungsantrag DS0126/07/36 der CDU-Fraktion Stellung und sieht dabei einen Widerspruch zum Antrag A0136/07 der CDU-Fraktion.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern geht klarstellend auf die Anmerkungen der Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion ein und begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0126/07/36.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt mit Hinweis auf das Abstimmungsergebnis im Ausschuss StBV, seine Verwunderung zum Änderungsantrag DS0126/07/36 zum Ausdruck.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 1694-56(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/36 der CDU-Fraktion –

Durch die Stadtverwaltung erfolgt keine Erschließung von kommunalen Wohnbaulandflächen mehr. –

wird **abgelehnt**.

- 7.3. Verzicht auf Neu- und Ausbau von Straßen DS0126/07/65
Fraktion DIE LINKE
WV v. 26.04.07 und 27.09.07
-

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning erklärt den Änderungsantrag DS0126/07/65 aufgrund der vorliegenden Stellungnahme S0163/07 der Verwaltung für **erledigt** und zieht diesen **zurück**.

- 7.4. Möglichkeiten der Bürgerinformation DS0126/07/69
Fraktion DIE LINKE
WV v. 26.04.07 und 27.09.07
-

Die Ausschüsse KRB, VW und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning dankt der Verwaltung für die vorliegende Stellungnahme S0125/07.

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/69 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1695-56(IV)07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche möglicherweise kostengünstigeren Möglichkeiten zur Bürgerinformation, die auch alle Magdeburger(innen) erreicht, gefunden werden können als die derzeit praktizierten.

Das Prüfergebnis ist dem KRB, dem FG und dem V vorzulegen.

- 7.5. Vermarktung der Stadt und ihrer Einrichtungen DS0126/07/70
 Fraktion DIE LINKE
 WV v. 26.04.07 und 27.09.07
-

Die Ausschüsse KRB, RWB und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/70 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1696-56(IV)07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat Vorschläge (in Varianten) vorzulegen, ob und wie zur Ausgabenersparnis (ohne Einnahmeverlust / mit Einnahmeverbesserung) Doppelstrukturen bei der Vermarktung der Stadt und ihrer Einrichtungen v. a. im touristischen, kulturellen und Freizeitbereich abgebaut werden können.

Die Ergebnisse sind für den Stadtrat in den Ausschüssen K, FG und V vor zu beraten.

- 7.6. Wohnheim Albert-Vater-Straße DS0126/07/44
 CDU-Fraktion
 WV v. 26.04.07 und 27.09.07
 i.V. mit TOP 7.7-A0122/07
-

Der TOP 7.6 – DS90126/7/44 und der TOP 7.7 – A0122/07 werden im Zusammenhang beraten.

Zum Änderungsantrag DS0126/07/44 empfiehlt der Ausschuss BSS die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss FG hat den Änderungsantrag DS0126/07/44 zur Kenntnis genommen.

Zum Antrag A0122/07 des Stadtrates Canehl empfiehlt der Ausschuss FG die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, begründet den Antrag A0122/07 und bittet um Zustimmung. Er spricht sich gegen die Annahme des Änderungsantrages DS0126/07/44 der CDU-Fraktion aus.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, nimmt kritisch zu den Ausführungen des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion, bezüglich der Bezuschussung von Mitteln bei Übernahme durch einen freien Träger Stellung. Er spricht sich klar für die Veräußerung des Objektes aus.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann sieht bei der Veräußerung ein Problem bei der Sicherung der pädagogischen Betreuung der Schüler aus dem Siemens-Gymnasium.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht erklärend auf den Änderungsantrag DS0126/07/44 der CDU-Fraktion ein und spricht sich dafür aus, das Haus nicht zu verkaufen, aber die Betreuung des Wohnheimes durch einen freien Träger auszuschreiben. Er bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag A0122/07/1/1 des Ausschusses FG.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet den Änderungsantrag A0122/07/1.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg bringt eine modifizierte Fassung des Änderungsantrages A0122/07/1/1 ein.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nimmt zu den geäußerten Bedenken des Vorsitzenden der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann Stellung und argumentiert gegen den Änderungsantrag DS0126/07/44 der CDU-Fraktion.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, begründet ihre ablehnende Haltung zum modifizierten Änderungsantrag A0122/07/1/1 des Ausschusses FG.

Nach umfangreicher Diskussion bringt Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, den GO-Antrag – **Ende der Rednerliste** – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Ende der Rednerliste.

Im Rahmen der abschließenden Diskussion geht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nochmals auf die Intention des Änderungsantrages DS0126/07/44 der CDU-Fraktion ein. Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, bittet darum, im Beschlusstext seines Antrages A0122/07 die Worte „und wird weder verkauft noch an freie Träger übertragen“ zu streichen.

Abstimmung zum TOP 7.6 Änderungsantrag DS0126/07/44

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1697-56(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/44 der CDU-Fraktion –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Drucksache mit dem Ziel zu erstellen, das städtische Lehrlingswohnheim in der Albert-Vater-Straße an Dritte zu veräußern. Die Drucksache ist in den entsprechenden Ausschüssen zur Beratung und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Ausschreibungstext ist vor der Veröffentlichung dem Verwaltungsausschuss und dem Finanz- und Grundstücksausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen. –

wird **abgelehnt**.

Abstimmung zum TOP 7.7 – A0122/07 des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion

Gemäß modifizierten Änderungsantrag A0122/07/1/1 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Es ist weiterhin zu prüfen, ob das Wohnheim Albert-Vater-Straße unter der Voraussetzung, dass die Wohnheimkosten gemäß § 70 Schulgesetz weiterhin durch die Landkreise getragen werden, durch einen Freien Träger betrieben werden kann.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen –

Der Änderungsantrag A0122/07/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Es wird geprüft, inwieweit das Wohnheim Albert-Vater-Straße durch eine zu gründende gGmbH günstiger betrieben werden kann und inwieweit hierzu weitere Landkreise zusätzlich zum bisherigen Engagement in die Betreibergesellschaft mit eingebunden werden können. Eine Kooperation mit den DJH e.V. ist hierbei zusätzlich zu prüfen. –

wird **abgelehnt**.

Das Abstimmungsergebnis zum Antrag A0122/07 des Stadtrates Canehl (15 Ja-, 22 Neinstimmen und 3 Enthaltungen) wird von Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, angezweifelt und die Abstimmung wird wiederholt.

Gemäß Antrag A0122/07 des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des modifizierten Änderungsantrages A0122/07/1/1 des Ausschusses FG mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1698-56(IV)07

1. Das Wohnheim Albert-Vater-Straße bleibt im kommunalen Eigentum.
2. Es ist weiterhin zu prüfen, ob das Wohnheim Albert-Vater-Straße unter der Voraussetzung, dass die Wohnheimkosten gemäß § 70 Schulgesetz weiterhin durch die Landkreise getragen werden, durch einen Freien Träger betrieben werden kann.

7.8.	Allgemeine Sparmaßnahmen	A0147/07
	Fraktion Bündnis90/Die Grünen WV v. 27.09.07	

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal stellt klar, dass er den Antrag A0147/07 bei der Behandlung des TOP 4.10 der Sondersitzung des Stadtrates am 27.09.2007 **zurückgezogen** hat.

Der TOP 7.9 – A wurde bereits im Zusammenhang mit dem TOP 5.10 – DS auf der 55. Sitzung des Stadtrates am 08.11.2007 beraten.

7.10. Internet-Dienst für eine moderne Amtssprache A0084/07
 Fraktion Bündnis90/Die Grünen
 WV v. 10.05.07

Die Ausschüsse KRB und FG lehnen die Beschlussfassung ab.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal **zieht** den Antrag A0084/07 im Ergebnis der vorliegenden Stellungnahme S0200/07 der Verwaltung **zurück**.

7.11. SMS-Notfallinformationsdienst für Schulen A0108/07
 FDP-Fraktion
 WV v. 05.07.07

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung ab.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss FG betrachtet den Antrag A0108/07 der FDP-Fraktion mit der vorliegenden Stellungnahme S0195/07 der Verwaltung als **erledigt**.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke **zieht** im Ergebnis der vorliegenden Stellungnahme S0195/07 der Verwaltung den Antrag A0108/07 **zurück**.

7.12. Mitgliedschaft der Landeshauptstadt im Weißen Ring A0113/07
 Interfraktionell
 WV v. 05.07.07

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den interfraktionellen Antrag A0113/07 ein.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0113/07 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1699-56(IV)07

1. Die Landeshauptstadt Magdeburg wird Mitglied im Verein "Weißer Ring Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern und zur Verhütung von Straftaten e.V."

7.13. Abstellmöglichkeiten für Fahrräder

A0116/07

SR `in Frömert
Fraktion DIE LINKE
WV v. 05.07.07

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrag A0116/07/1.

Gemäß Änderungsantrag A0116/07/1 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der 1. Satz des Beschlusstextes wird wie folgt geändert:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, konkrete Vorschläge für sichere, möglichst überdachte und teilweise beleuchtete Abstellmöglichkeiten für Fahrräder der Mitarbeiter(innen) sowie der Stadträte zu unterbreiten.

Gemäß Antrag A0116/07 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0116/07/1 des Ausschusses FG einstimmig:

Beschluss-Nr. 1700-56(IV)07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, konkrete Vorschläge für sichere, möglichst überdachte und teilweise beleuchtete Abstellmöglichkeiten für Fahrräder der Mitarbeiter(innen) sowie der Stadträte zu unterbreiten.

Für das Jahr 2007 sind Zwischenlösungen zu finden oder grundsätzliche Entscheidungen ohne finanzielle Auswirkungen zu treffen , bspw. durch Nutzung von Kellerräumen im Neuen und Alten Rathaus.

Der TOP 7.14 wurde bereits im Zusammenhang mit dem TOP 5.3 beraten.

7.15.	Beitritt der Landeshauptstadt Magdeburg zum Deutschen Riga-Komitee SR Veil CDU-Fraktion WV v. 04.10.07	A0150/07
-------	---	----------

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0150/07 ein und bittet um Zustimmung. Er hält den vorliegenden Änderungsantrag A0150/07/1 der SPD-Fraktion für nicht nachvollziehbar.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt im Namen seiner Fraktion den Antrag A0150/07 der CDU-Fraktion und lehnen den Änderungsantrag A0150/07/1 der SPD-Fraktion ab.

Im Ergebnis der Diskussion **zieht** der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Lühr den Änderungsantrag A0150/07/1 **zurück**.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning stimmt dem Inhalt des Antrages A0150/07 zwar grundsätzlich zu, würde aber vor einer Beschlussfassung die Vorlage einer Stellungnahme der Verwaltung begrüßen. Er bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0150/07 in den Ausschuss VW – ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass es sich bei der Antragstellung um eine freiwillige Aufgabe der Stadt handelt.

Nach eingehender Diskussion wird der GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning – Überweisung des Antrages A0150/07 in den Ausschuss VW – mehrheitlich, bei einigen Jastimmen **abgelehnt**.

Gemäß Antrag A0150/07 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1701-56(IV)07

Die Landeshauptstadt Magdeburg tritt dem im Jahre 2000 vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und zahlreichen deutschen Städten gegründeten Deutschen Riga-Komitee bei. Als einmaliger finanzieller Beitrag werden 2.500 EURO bereitgestellt.

7.16. Sauberkeit am Petriförder A0165/07
 Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den Antrag A0165/07 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0165/07 in die Ausschüsse KRB und VW – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0165/07 wird in die Ausschüsse KRB und VW überwiesen.

7.17. Schulsanierung A0166/07
 CDU-Fraktion

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0166/07 ein und gibt eine redaktionelle Änderung bekannt. (Im Beschlusstext soll es heißen: Februarsitzung 2008)

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht klarstellend auf den Antrag A0166/07 ein und hält diesen mit Hinweis auf PPP-Projekte für nicht umsetzbar.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, kann die Antragstellung zwar nachvollziehen, verweist aber auf den Schulentwicklungsplan, der Grundlage für die weitere Entwicklung der Schulen ist.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, argumentiert für die Beschlussfassung zum Antrag A0166/07 und verweist auf die Beschlussfassung des Stadtrates zum Antrag A0058/03 seiner Fraktion in der Stadtratssitzung am 07.07.2003.

Im Rahmen der weiteren Diskussion geht Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, klarstellend zur Intention des Antrages A0166/07 ein und merkt dabei an, dass es sich hierbei nicht um die Gesamtanierung der Schulen handelt.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning sieht ebenfalls die Notwendigkeit des Erhalts von Schulen außerhalb des PPP-Projektes und spricht sich gegen den Begriff „sanieren“ im Beschlusstext des Antrages A0166/07 aus.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern geht nochmal erklärend auf die Intention des Antrages A0166/07 ein und gibt eine redaktionelle Änderung bekannt. (Im Beschlusstext wird das Wort „saniert“ durch „erhalten“ ersetzt)

Im Rahmen der weiteren umfassenden Diskussion, in der u.a. der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper das bisherige Verfahren erläutert, reagiert der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal mit Unverständnis auf die Argumentation des Oberbürgermeisters.

Abschließend spricht sich Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, gegen den Antrag A0166/07 der CDU-Fraktion aus.

Nach umfangreicher Diskussion wird das Abstimmungsergebnis zum Antrag A0166/07 (mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und 1 Enthaltung abgelehnt) von Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, angezweifelt und die Abstimmung wird wiederholt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 23 Ja-, 24 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1702-56(IV)07

Der modifizierte Antrag A0166/07 der CDU-Fraktion –

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert bis zur Februarsitzung 2008 darzustellen, wie die Schulen, die nicht im Rahmen von IZBB oder ppp-Programmen zur Sanierung vorgesehen sind, erhalten werden sollen. Dazu sind Zeiträume schulstandortbezogen zu benennen. –

wird **abgelehnt**.

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand übernimmt die Sitzungsleitung.

7.18.	(Öffentliche)Toilette im Stadtpark Fraktion Bund für Magdeburg	A0167/07
-------	--	----------

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0167/07 ein und bittet um Zustimmung.

Gemäß Antrag A0167/07 der Fraktion BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1703-56(IV)07

Der Oberbürgermeister wird gebeten, verschiedene Möglichkeiten des Neubaus von Toilettenanlagen für die Besucher des Stadtparks und des Aussichtsturms zu prüfen, da die Toilette am Aussichtsturm abgerissen wurde.

Insbesondere sind dabei die Interessen der Behinderten zu berücksichtigen.

Die Ergebnisse sind in den Ausschüssen StBV und FG zur Diskussion vorzulegen.

- 7.19. "Bundestafeltag" vom 05. bis 07. Juni 2008 in der Landeshauptstadt Magdeburg A0169/07
Interfraktionell
-

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt an, dass der Antrag A0169/07 bereits durch die Verwaltung umgesetzt ist.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0169/07 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1704-56(IV)07

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg unterstützt die Ausrichtung des „Bundestafeltages“ vom 05. bis 07. Juni 2008 in der Landeshauptstadt Magdeburg.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie und mit welchen finanziellen sowie sächlichen Leistungen der „Bundestafeltag“ durch die Landeshauptstadt unterstützt werden kann. Der Oberbürgermeister möge dabei auch prüfen, ob ein Teil der Mittel, die im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2006 der AQB gGmbH rückgeführt werden sollen, dafür Verwendung finden kann.
3. Für die Ausrichtung dieses Ereignisses ist durch den Oberbürgermeister in Zusammenarbeit mit den städtischen Gesellschaften zu prüfen, in wie weit diese unterstützend tätig werden können.
4. Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob durch ihn die Schirmherrschaft über den „Bundestafeltag“ übernommen werden kann.

- 7.20. Neufassung der Baumschutzsatzung A0170/07
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
-

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0170/07 ein und beantragt die getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz bringt seine Verwunderung über die Antragstellung zum Ausdruck, da die Verwaltung bereits an der Thematik arbeitet und auf eine diesbezügliche Zuarbeit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wartet.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0170/07 in die Ausschüsse Uwe und VW – ein, der durch den Vorsitzenden der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr um den Ausschuss StBV ergänzt wird.

Gemäß ergänzten GO-Antrag des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0170/07 wird in die Ausschüsse UwE, StBV und VW überwiesen.

7.21.	Illegale Graffiti verhindern	A0171/07
	FDP-Fraktion	

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke bringt den Antrag A0171/07 ein.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz hält den Antrag A0171/07 für nachvollziehbar und empfiehlt, dies in der AG Graffiti zu thematisieren und nicht in den Gesellschafterversammlungen.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr und der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage unterstützen den Vorschlag des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz, wobei sich Stadtrat Michael Stage dafür ausspricht, dies in einer Art Wettbewerb durchzuführen.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker weist darauf hin, dass es bereits ein Projekt „Legales Graffiti“ im Jugendamt gibt, welches auch gefördert wird.

Im Rahmen der weiteren umfassenden Diskussion sprechen sich der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal und der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning dafür aus, dies in den Gesellschafterversammlungen der Stadt zu thematisieren.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke geht nochmals klarstellend auf den Begriff „Gesellschafterversammlung“ ein und würde eine Thematisierung in der AG Graffiti nur als Ergänzung sehen.

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, unterstützt den Antrag A0171/07.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Antrag A0171/07 der FDP-Fraktion mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1705-56(IV)07

Der Oberbürgermeister und die Mitglieder der Gesellschafterversammlungen der Stadt werden gebeten prüfen zu lassen, ob und unter welchen finanziellen Voraussetzungen eine flächen-deckende farbliche Gestaltung der Verteilerkästen der MVB und der SWM möglich ist. Die Prüfergebnisse sollen im KRB und im FG beraten werden.

7.22. Behindertenteam beim Jobcenter ARGE A0173/07
 Interfraktionell

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den interfraktionellen Antrag A0173/07 ein.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker nimmt zum Antrag A0173/07 und hält diesen für unterstützenswert.

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei unterstützt den Antrag A0173/07 ebenfalls.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0173/07 beschließt der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1706-56(IV)07

Der Oberbürgermeister als Mitglied der Gesellschafterversammlung und die Mitglieder des Beirates des Jobcenters ARGE Magdeburg werden gebeten zu prüfen, ob im Jobcenter ein festes Team für die Betreuung behinderter Arbeitssuchender eingerichtet werden kann.

Das Prüfergebnis soll in den Ausschüssen für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik (RWB), Gesundheit und Soziales (GeSo) sowie in der AG Behinderte beraten werden.

7.23. Bekenntnis zum Vieh- und Schlachthof Magdeburg A0174/07
 Interfraktionell

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage bringt den interfraktionellen Antrag A0174/07 anhand von Bildmaterial ein und bittet um Zustimmung. Der ausführliche Redebeitrag ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, macht umfangreiche grundsätzliche Ausführungen anhand von Bildmaterial und geht dabei auf die Bedeutung des Schlachthofes als Baudenkmal ein. Er bringt den Änderungsantrag A0174/07/1 ein.

Stadtrat Ansorge, CDU-Fraktion nimmt zum Antrag A0174/07 Stellung, gibt Hintergrundinformationen zur Vorortsituation und zitiert einen Brief von Architekten, die in diesem Areal Sanierungen vornehmen wollen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern geht auf die Entwicklung des Schlachthofes ein und spricht sich dafür aus, dieses Areal wirtschaftlich weiter zu entwickeln.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann bekräftigt in seiner Argumentation den Wunsch der Fraktion, den Schlachthof zu erhalten und bittet darum, vorbeugend einzugreifen.

Im Rahmen der weiteren Diskussion hält der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Dr. Puchta die geäußerte Kritik an den Investor seiner Meinung nach für nicht gerechtfertigt und hält dieses als negatives Signal nach außen.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning unterstreicht nochmals die Antragstellung und sieht darin einen Appell zum Erhalt historischer Bausubstanz.

Im Rahmen der weiteren Diskussion begründet Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, ihre Ablehnung zum Antrag A0174/07 und Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hingegen sieht in der Antragstellung ein Bekenntnis des Stadtrates zum Erhalt des Geländes.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper begründet die Haltung der Verwaltung und geht auf die Chronologie zur Problematik ein. Er hält die Intention des Antrages zwar für lobenswert, spricht sich aber klar gegen eine Beschlussfassung zum Antrag A0174/07 und zum Änderungsantrag A0174/07/1 aus.

Abschließend geht der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen und auf die Zielstellung des Antrages A0174/07 ein.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, bittet um punktuelle Abstimmung seines Änderungsantrages A0174/07/1.

Nach umfangreicher kontroverser Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Der Punkt 1 des Änderungsantrages A0174/07/1 des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion –

1. Der Stadtrat empfiehlt, den Aufsichtsräten und Vertretern in den Gesellschafterversammlungen aller mit der Stadt verbundenen Gesellschaften bei etwaigem Raumbedarf die Prüfung, ob denkmalgeschützte Gebäude im Schlachthofquartier zur Nutzung in Frage kommen. -

wird **abgelehnt**.

Der Punkt 2 des Änderungsantrages A0174/07/1 des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion –

2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich mit dem Investor und Eigentümer über die Nutzung der Baudenkmäler und den Zustand der Entwicklung zu verständigen und die Vorschläge und Ideen unter Beteiligung der Öffentlichkeit vorzustellen und auszuwerten.-

wird vom Stadtrat ebenfalls mehrheitlich, bei einigen Jastimmen **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 14 Ja-, 26 Neinstimme und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1707-56(IV)07

Der interfraktionelle Antrag A0174/07 –

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg sieht den Erhalt des Vieh- und Schlachthof-Geländes an der Liebknechtstraße und seiner einzelnen Gebäude als notwendig an, da es sich dabei um bedeutendes architektonisches und historisches Erbe der industriellen Stadtgeschichte handelt.

Er ruft die Magdeburger Bevölkerung auf, sich der „Petition zum Vieh- und Schlachthof Magdeburg“ anzuschließen. –

wird **abgelehnt**.

Persönliche Erklärung des Stadtrates Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, gibt eine persönliche Erklärung ab. (Anlage 2)

7.24.	Erwerb gebrauchter Software-Lizenzen	A0175/07
	SPD-Fraktion	

Gemäß Antrag A0175/07 der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1708-56(IV)07

zu prüfen, ob der Erwerb gebrauchter Softwarelizenzen für die Stadt Magdeburg in Frage kommt und ob und in welchem Umfang dabei Haushaltsmittel eingespart werden können.

7.25. Beschlussfassung zur DS0444/07 - Personalangelegenheit A0172/07
Stadtratsvorstand

Stadtrat Reppin, CDU-Fraktion, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge bringt den Antrag A0172/07 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bittet um Zustimmung zum Antrag A0172/07.

Gemäß Antrag A0172/07 des Stadtratsvorstandes **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1709-56(IV)07

Der Stadtrat erklärt sich bezüglich der DS0444/07 als zuständig.

Er macht damit von seinem Rückholrecht gemäß § 45 Abs. 2 GO LSA i.V. mit § 48 a GO LSA Gebrauch.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge übernimmt die Sitzungsleitung.

8. Anfragen an die Verwaltung

Zu den vorliegenden Anfragen erfolgt die Antwort schriftlich durch die Verwaltung.

9. Informationsvorlagen

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.7 werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzende/r

Silke Luther
Schriftführer/in

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Hildebrand, Jürgen Dr.

Bischoff, Norbert

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Brüning, Hans-Werner

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Franke, Holger

Frömert, Regina

Giefers, Thorsten

Heendorf, Michael

Hein, Rosemarie Dr.

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kriese, Birgit

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Walter

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmicker, Wolfgang

Schmidt, Kurt Dr.

Schoenberner, Hilmar
Schwenke, Wigbert
Seifert, Eberhard
Siedentopf, Uta
Stage, Michael
Stage, Mirko
Stern, Reinhard
Trümper, Lutz Dr.
Veil, Thomas
Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Zimmer, Gerd Dr.

Geschäftsführung

Ignatuschtschenko, Anne Dr.
Luther, Silke

Abwesend

Balzer, Falko
Gripinski, Axel
Grünert, Gerald
Heinemann, Klaus
Heynemann, Bernd
Meinecke, Sven
Schuster, Frank
Szydzick, Claudia